

Pressemitteilung

Datum: 02.04.2013

Ist das Jobcenter im Hochtaunuskreis das schlechteste in Hessen?

Bericht der Bundesagentur für Arbeit weist bedenkliche Zahlen aus!

Der bereits im Dezember 2012 von der Bundesagentur für Arbeit vorgelegte "Methodenbericht zu Widersprüchen und Klagen im SGB II" macht den Landtagsabgeordneten der LINKEN, Hermann Schaus (Neu-Anspach) sehr nachdenklich, denn die darin enthaltenen Statistiken bescheinigen dem Jobcenter im Hochtaunuskreis eine ausgesprochen schlechte Arbeit, zum Nachteil hilfesuchender Arbeitsloser. Die bundesweite Erhebung listet die Zahlen der Widersprüche, Klagen und einstweiligen Verfügungen gegen die Jobcenter im Einzelnen auf und stellt sie in Relation zur Zahl der Leistungsempfänger im jeweiligen Kreis.

Danach waren im Vergleichszeitraum im Hochtaunuskreis 2018 (46,6%) Arbeitslosengeld II - Empfänger, also nahezu die Hälfte aller Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher, mit den Bescheiden vom Jobcenter nichteinverstanden und haben innerhalb der Monatsfrist dagegen Widerspruch erhoben. Bundesweit ist dies der zweithöchste Wert überhaupt. " Demnach wurden im Hochtaunuskreis 20 % aller Widersprüche in ganz Hessen erhoben. "Dies ist eine ungeheuerlich hohe Zahl, die schnellstens aufgeklärt werden muss", sagt Schaus.

Schaus: "Noch schlimmer ist aber, dass im Hochtaunuskreis die Anzahl der Klagen mit 322 (7,4%) doppelt so hoch ist als im Landesdurchschnitt (4,0 %). Gleiches gilt für die 45 Klagen (1,0%) auf einstweiligen Rechtsschutz. Hier ist der Wert dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt (0,3%). Auf allen Gebieten ist der Hochtaunuskreis einsamer Spitzenreiter in Hessen".

"Sollten diese Zahlen nicht widerlegt werden können, dann haben Landrat Krebs und die früher und heute zuständigen Kreisbeigeordneten viel öffentlich zu erklären und noch mehr zu tun um diesen Zustand schnellstens zu ändern. Damit bestätigten sich Berichte zahlreicher Betroffener Arbeitssuchender über die restriktive Auslegung der Bestimmungen beim Hochtaunuskreis. Das jahrelange Gerede von der angeblich guten Arbeit des Jobcenter scheint wohl nichts als politische Propaganda gewesen zu sein. Deshalb fordere ich eine umfassende Aufklärung des Sachverhalts durch eine unabhängige externe Stelle und die Einrichtung eines Beirates aus Vertretern, von Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften, mit weitestgehenden Kontrollbefugnissen".